

auf Grund der inneren Schwäche des Systems, durch das die einzelnen Länder an die Sowjetunion gebunden sind. Eine in der Sowjetunion wie in den Satellitenstaaten überalterte Elite lasse beim Todé Breschnews mit großen Schwierigkeiten rechnen; die Kooperationsbedingungen innerhalb des Warschauer Paktes und des Comecons führe zu immer offeneren antisowjetischen Tendenzen; die Abhängigkeit von sowjetischen Rohstofflieferungen einerseits und der in Richtung Sowjetunion dirigierte Export von Fertigwaren andererseits vermehre die Versorgungsprobleme der eigenen Bevölkerung; die entstandenen ideologischen Hohlräume könnten nicht mehr verdeckt werden. Die Unruhe in der Bevölkerung nehme insgesamt zu, bei sinkenden Zuwachsraten lasse sich diese nicht mehr hinter den bis Mitte der siebziger Jahre erworbenen Lebensstandard zurückvertrösten. Kux schließt mehr oder weniger gleichzeitige Umwälzungen in einer Reihe osteuropäischer Länder während der achtziger Jahre nicht aus. Die Entwicklung werde der Moskauer Führung in der nächsten Zeit jedenfalls größere Probleme beschern, als sie mit ihren Satelliten in den fünfziger und sechziger Jahren zu bewältigen hatte.

Qui gouverne les États. In: projet Nr. 147 (Juli–August 1980) S. 779–816.

Unter dem Titel „Wer regiert die Staaten?“ veröffentlicht die Zeitschrift der französischen Jesuiten in Vanves drei Beiträge über die soziologische Struktur der politischen Eliten, genauer der für die politische Führung des Landes verantwortlichen Mandatäre und Funktionäre in Frankreich (Véronique Aubert, Jean-Luc Parodi), in den USA (Bernard E. Brown) und in der Sowjetunion (Anita Tiraspolksy). Die von den Autoren geschilderten einschneidendsten Daten: In den USA hat – bedingt durch den Vietnamkrieg und durch den Watergate-Skandal – eine deutliche Verlagerung der Gewichte in politischen Entscheidungsprozessen von der Exekutive (Präsident) zur Legislative (Kongreß) und zur Gerichtsbarkeit stattgefunden; in Frankreich verengt sich die politische Elite nicht nur durch ein kraß gewachsenes Übergewicht von Staatsfunktionären im Parlament, sondern auch durch eine ausgeprägte

Tendenz zur Kumulierung von Mandaten (Parlamentarier oder Minister plus Bürgermeister). Die sowjetische Führungselite zeichnet sich mehr als jede andere durch Bürokratisierung und Überalterung aus, isoliert vom Volk und verschanzt hinter Privilegien. Aber nicht nur innerhalb der sowjetischen Parteidiktatur gibt es ein wachsendes Gefälle zwischen Parteiführungen und Regierungsvertretern auf der einen und der Gesamtbevölkerung auf der anderen Seite; diese Kluft wurde auch in westlichen Demokratien größer. Von einer „Entprofessionalisierung“ der Politik erwartet man wenigstens eine gewisse Milderung dieses Trends.

Kirche und Ökumene

DE VAUCELLES, LOUIS. Le voyage de Jean-Paul II en France. In: Études (Juli 1980) S. 77–89.

Eine sehr lesenswerte, weil höchst nüchterne Bilanz der Frankreichreise des Papstes, die trotz des generellen Vorbehalts, daß das Ereignis wenige Wochen, nachdem es stattgefunden habe, sich in seinen Wirkungen noch nicht angemessen beurteilen lasse, zu durchaus bemerkenswerten Aussagen kommt: in bezug auf die gesellschaftlich-politische Öffentlichkeit des Landes, in bezug auf den französischen Katholizismus und in bezug auf die Persönlichkeit des Papstes. Für die französische Gesellschaft, die zur Flucht in Träume und Spektakel neige, sei der Papstbesuch ein durchwegs enthüllendes Ereignis gewesen, und zwar unter dem doppelten Gesichtspunkt der Neigung zum Starkult, dem der Papst vollauf gerecht geworden sei, des ausgeprägten Interesses der gegenwärtigen politischen Führung und des traditionellen Bürgertums an einer wenn auch von Eigeninteressen bestimmten Revitalisierung religiösen Empfindens als eines öffentlichen Faktors. Der Papst habe all dem auf optimale Weise entsprochen, indem er die geschichtlichen und gesellschaftlichen Werte Frankreichs, ohne sie in ihrer Zwiespältigkeit bloßzulegen, gebührend verherrlichte und sich so als eine Art „grand aumônier de la République française“ verhalten habe. Nicht im gleichen Maße gerecht geworden, so das Fazit des Autors, sei der Papst trotz einer

kaum überbietbaren Vielfalt von Kontakten der Vielfalt des französischen Katholizismus. Mit der Aufmunterung, von integristischen oder progressistischen Extremismen zu lassen, nach dem Motto „Ihr Franzosen habt ein wenig vergessen, daß ihr Katholiken seid“, lasse sich der französische Katholizismus weder beschreiben noch einen.

TEUFEL, ERWIN. Verantwortung der Kirche für die Gesellschaft. In: Stimmen der Zeit Jhg. 105 Heft 7 (Juli 1980) S. 448–456.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im baden-württembergischen Landtag sieht die Kriterien gesellschaftlicher Bewährung der Kirche vor allem in der Profilierung ihrer klassisch-geschichtlichen und zugleich der Kirche ureigenen Aufgaben: Verkündigungsdienst, Gottesdienst, Bruderdienst. Unter dem Verkündigungsbezug erwartet Teufel von der Kirche vor allem einen Beitrag zu drei Themen: zur Klärung des Freiheitsbegriffs als Anspruch und Pflicht zur Verantwortung, zum Verständnis der Familie und der mit ihr zusammenhängenden sozialen Grundhaltungen, zum Komplex Wachstum-Umwelt, wo die Kirche gegenüber den Extremen Fortschrittsglauben und Fortschrittsangst den christlichen Schöpfungsglauben, der beides begrenzt bzw. überwindet, wirksam ins Spiel bringen kann. In ihrem Gottesdienst habe die Kirche, indem sie die Menschen dazu bringe, mehr zu feiern als nur sich selbst, die Chance, den über die Gruppengesellschaft in viele Rollen aufgespaltenen Menschen zu sich selbst zu bringen und zugleich zu transzendieren. Im Bruderdienst könne sie jenen eine Stimme geben, die in der Gesellschaft keine Stimme haben. Kirchliche Gemeinden könnten „zeichenhaft Dienste organisieren“, für die sich größere Organisationen nicht zuständig fühlten: Besucherdienste, Kinderbetreuung, Integration von Behinderten usw. Dies alles freilich müsse sie leisten auf dem Hintergrund einer nüchternen Selbsteinschätzung: Ihr Wirkungshorizont könne nur der einer Diasporakirche sein, da die Gleichsetzung von Kirche und Gemeinwesen im Sinne einer effizienten Sozialkontrolle durch die Kirche längst hinter uns liege.

Personen und Ereignisse

Im Alter von 80 Jahren starb in Bonn der Kirchenhistoriker *Hubert Jedin*. Jedin, von dem über 500 Publikationen vorliegen, ist international vor allem durch seine zwischen 1949 und 1976 in vier Bänden erschienene „Geschichte des Konzils von Trient“ und als Mitherausgeber des „Handbuchs für Kirchengeschichte“ bekannt geworden.

Eine offizielle Delegation der Deutschen Bischofskonferenz reist vom 11. bis 15. September nach Polen zu einem offiziellen Besuch beim polnischen Episkopat. Der Delegation werden angehören: die Kardinalä *Joseph Höffner*, *Joseph Ratzinger* und *Hermann Volk* und die Bischöfe *Franz Hengsbach* (Essen) und *Georg Moser* (Rottenburg–Stuttgart).

In einer Predigt anlässlich der Weihe von elf Neupriestern in Ecône hat Erzbischof *Marcel Lefebvre* seine Hoffnung auf eine baldige Einigung mit Rom zum Ausdruck gebracht. Nach seinen Worten war das Problem Ecône einer Lösung noch nie so nahe wie heute: „Die Dinge werden sich bald einrenken.“ Dennoch werde er kein Jota von seiner Position ab-

weichen: „Wir bleiben dem antimodernistischen Schwur treu, man wird uns mit diesem Schwur empfangen – oder wir bleiben, was wir sind.“ Lefebvre kündigte außerdem die Schaffung eines Seminars zur Priesterausbildung in Paris an. Gegenwärtig bestehen in der ganzen Welt 40 Niederlassungen seiner Bewegung.

Der Linzer Familienseelsorger *Bernhard Liss* hat sich in der Kirchenzeitung seiner Diözese für die „Pille auf Krankenschein“ ausgesprochen. Liss wollte seinen Vorschlag als eine Gegenmaßnahme gegen die hohen Abtreibungszahlen verstanden wissen. Zugleich könnten dadurch, daß sie über den Arzt besorgt werden müsse, eventuelle gesundheitliche Schäden leichter vermieden werden.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten, Erzbischof *John R. Quinn* von San Francisco, hat in einem Brief an die Erzbischöfe von Seoul und Kwangju die Machtübernahme der Militärs in Südkorea als eine „unglückliche Entwicklung“ bezeichnet. Die Bischofskonferenz würde alles

in ihrer Macht Stehende tun, um die Menschenrechte in Korea zu verteidigen. Die Folgen der jüngsten Ereignisse sei „eine ausschließliche Sorge um Sicherheit und Stabilität und ein Mangel an Anerkennung dessen, was Kirchenführer in Korea ständig vertreten haben, daß nämlich wahre Ordnung nur auf Gerechtigkeit und der Anerkennung der Menschenwürde gründen kann“.

Nach erfolgter Selbstkritik freigelassen wurde der als orthodoxe Dissident international bekannt gewordene russisch-orthodoxe Priester *Dimitrij Dudko*. Dudko, der seit 15. Januar dieses Jahres in Haft war, erklärte im sowjetischen Fernsehen, er sehe ein, daß er „nicht wegen seines Glaubens an Gott, sondern wegen eines strafwürdigen Delikts“ festgenommen worden sei. Er bereue sein Tun und seine „verleumderischen Veröffentlichungen“ und erkenne, daß sein Kampf gegen die Gottlosigkeit in Wirklichkeit eine Auflehnung gegen das Sowjetsystem gewesen sei. Kenner der sowjetischen Szene bezweifeln, daß diese Sinnesänderung Dudkos freiwillig erfolgt sei, und sprechen von Gehirnwäsche.